

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Er erscheint 2 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16 M. Durch den Träger und aus den Vertretungen frei und ohne monatliche 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Anteiliges Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöden.

Verlag, Schriftleitung und Druckverlag: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Druck: Nr. 2315, 2316, 2317. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung 1,50 M., außerhalb 2 M., außerorts 2,50 M., Reichweite 1,50 M. Zeitungspreis 1 M. Nassau 1,50 M. pro 1000.

Nummer 639

Dienstag, 17. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Strefemann über die neuen Parteien.

Im Anschluss an die Sitzung des Zentralverbandes der nationalliberalen Partei fand die konstituierende Versammlung der Deutschen Volkspartei statt, die von Strefemann mit einer programmatischen Ansprache eingeleitet wurde, in der er, der „Frl. Ag.“ zufolge, folgendes ansprach:

Die demokratische Partei ist nicht die Gruppe, die den Gedanken einer gemeinsamen Abwehr der Sozialdemokratie hätte vermitteln können; sie sollte nicht einmal eine Zusammenfassung des Liberalismus vornehmen, weil diese nach ihrer Auffassung eine zweifelhafte Belastung für sie darstellte, eine Belastung mit Personen, die an den Sieg geglaubt und danach Politik getrieben hätten. Der Zusammenbruch Deutschlands ist Tatsache; doch vieles wäre nach der Meinung des Redners anders gekommen, wenn nicht in einzelnen Schichten des Volkes der Unabgäbe Boden gefast hätte. Ein Volk, das um seine Existenz ringt, mußte an den Sieg glauben, wollte es sich nicht selbst vernichten. Eine Partei, die eine sozialdemokratische Herrschaft ablehnt, mußte sich darüber klar sein, daß sie sich zur Sozialdemokratie in offenem Gegensatz befinden müsse. Erhalte man eine Herrschaft der Demokraten und Sozialisten, also eine sozialistisch-demokratische Mehrheit, dann werde nicht die Demokratie innerhalb dieser Mehrheit die Herrschaft haben, sondern die Sozialdemokratie. Deshalb sei es notwendiger denn je, den nationalen Gedanken hochzuhalten. Bei einem guten Ausgange des Krieges wäre der nationale Gedanke von selbst im deutschen Volk festgewachsen und hätte weitere Ausbreitung gefunden. Aber über die Verhältnisse im Ganzen, dem Internationalismus zum Siege zu verhelfen. Dagegen müssen wir uns wehren und, um demokratisch gerichteten nationalempfindenden Patrioten den Weg zur Rückkehr zum Nationalismus offenzustellen, muß eine Mittelpartei vorhanden sein, der auch eine Zukunft gegeben sein wird. Denn was wir sehr leben: den Weg zur Demokratie und zum Republikanismus entspricht lediglich einer Gegenwartsmeinung. Wie es vorher einen Antisemitismus des Kaiserreichs gegeben hat, so gibt es jetzt einen Antisemitismus der Republik. Unmittelbar dieser Stimmung, die lediglich eine Tagesstimmung ist, müssen unsere alten Ideale hochgehalten werden!

Reichstagskongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Gestern vormittag 10 Uhr ist im Abgeordnetenhaus in Berlin der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte eröffnet worden. Am Regierungstisch saßen die Mitglieder der Regierung sowie des Volksrates, unter ihnen Ebert, Scheidemann, Landberg, Ledebour, Baumbach, Schulz-Ekardt, Haase, Rosenfeld, Gottschling usw. Saal und Tribünen sind dicht besetzt.

Der Vorsitzende des Volksrates Richard Müller eröffnete die Verhandlungen mit einer Rede, die schmeichelnd und sehr aufgenommen wurde. Darauf ergriff der Volksbeauftragte Ebert das Wort zur Begrüßung, wobei er u. a. ausführte: „Nach der großen Leichtigkeit der früheren Kämpfe steht die junge Volksrepublik vor den größten Aufgaben, die je einem erst am Schaffen der Staatseinheit gestellt worden sind. Als am 9. Nov. sich das Volk erhob, mußten die Sieger die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Eintritt der Nationalversammlung ihre Aufgabe zu erfüllen hat. In Deutschland kann es in Zukunft nur einen Reichstag geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. (Beifall.) Demokratie und Nationalversammlung bieten für endgültige Überwindung der Kämpfe die beste Garantie.“

Darauf wird das Bureau gebildet. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Oberbürgermeister Pöhlert (Hannover) (Rechtssozialist), Seeger (Köln) (Unabhängiger) und Gromolla, Vertreter der Soldaten der Westfront. Zu Schriftführern werden gewählt: drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und je ein Vertreter der Ost- und Westfront und der Marine. Ein Antrag, Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste zum Kongress zuzulassen, wird abgelehnt. (Großer Lärm bei einem Teil der Versammlung.)

Es folgen die

Berichte des Volksrates.

Richard Müller: Es war schwer für den Volksrat, sich durchzusetzen. Es wurde ihm vorgeworfen, die Berliner wollten das ganze Reich beherrschen. Das ist ebenso verurteilt wie die Behauptung, der Volksrat werde die Reichsgelder und treibe Vorkriegspolitik. Es ist klar, daß der Volksrat nur ein Provisorium ist, das alsbald durch etwas Endgültiges zu ersetzen ist. Wir haben so pausenlos gewirkt, wie nur möglich. Ich soll 8000 Mark Vorkauf genommen haben, das ist nicht wahr. Ich habe keinen Pfennig kassiert. Die Geldscheine von den 800 Millionen oder 1800 Millionen ist Schwindel, aufgebracht von denen, die uns mißtrauten und belästigen wollten. Es handelt sich um 500 Millionen Mark. Das Verbot des Rats der Volksbeauftragten zum Volksrat, wie es sich jetzt gestaltet hat, ist unerträglich. Es scheint, als ob er sich nicht länger unter unsere Kontrolle stellen will. Der Volksrat ist die obere Instanz. Er ernannte die Minister, ohne daß Widerstand wurde. Die Beilegung des Falls im auswärtigen Amt mußte von uns gefordert werden. Wir verlangen auch, daß Erzbischof nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen darf. Dr. David dürfte nicht mit der Kontrolle der Geheimdokumente betraut werden. Soll wie David noch im Amt. Der größte Teil dieser Affäre ist verbrannt. (Hört, hört!) In der Frage der Beilegung der Rangabzeichen für Offiziere ist man uns auch nicht entgegengekommen. Unter dem Rat der Volksbeauftragten steht die ganze bürgerliche Presse. Der Volksrat da- gegen wurde aus Ängsten verleumdet. Das alina so lange, bis eines Tages der Rutsch da war. Die Leiter dieses Rutsches sind wieder in Freiheit gesetzt worden; so ein Sozialist Lorenz, der auf Verlangen des Kriegsministers freigelassen wurde. Der Volksrat mußte den Kampf gegen seine Gegner aufnehmen. Neue arbeiten auf die Beilegung der Arbeiter- und Soldatenräte hin. Halten diese, dann fallen die letzten Errungenschaften der Revolution.

Man hat erachtet den Rassenbericht: Die Einnahmen, zum Teil aus Beschlagnahmen bei Collin-Roth und Walschlag, betrugen 650.291,35 Mark, die Ausgaben gegen deren Höhe vielfach Einspruch erhoben wurde, 414.878,82 Mark. Die hohen Ausgaben sind zum größten Teil den soldatischen Mitgliedern des Volksrates Collin-Roth und Walschlag und Bergmann zuzuschreiben.

Es folgt der Bericht des Rats der Volksbeauftragten. Volksbeauftragter Dittmann führt aus: Die Volksbeauftragten sind die Volltreiber des Volkswillens. Noch keine deutsche Regierung ist so sehr verantwortlich gewesen im Volk wie die jetzige. Das Entlassungsgesetz soll in Genehmigung. Mit der Prüfung der Ämter des Auswärtigen Amtes sind Rautsky und Oskar beauftragt worden. Die Ämter sind nicht verbrannt. Rautsky hat mehr gefunden, als er selbst erwartet hatte. Die Regierung hat eine Sozialisierungskommission eingesetzt und arbeitet Steuererlagen aus, um die Kriegsgewinne reißlos wegzunehmen und das Steuerlaster in sozialistischem Sinne zu reformieren. In der jetzigen schweren Zeit können wir aber keine Experimente machen. Die Regierung hat schon am 12. November die Nationalversammlung in Aussicht gestellt. Wir wünschen die Wahl so schnell wie möglich. Wir sind überzeugt, daß die Wahlen eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben werden. Der Wahlkampf wird unter den Zeichen stehen: Die Sozialismus, die Kapitalismus!

Einberufung (Gien): Der Berliner Volksrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz bis an den Hals. (Sehr wahr!) Die Verhandlungsfähigkeit für die Befehle der breiten Massen wird nur übertrassen durch die Annahme des Volksrates. Wir müssen uns wehren gegen die Berliner Mikrowirtschaft, denn es ist ein Skandal, wieviel Leute und zu welchen Löhnen er beschäftigt. (Sehr richtig!) Müller schilderte die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte: (Sehr richtig!) Wir mußten einem Kurier des Volksrates erklären, was Sozialismus ist (Hört, hört) und ausgerechnet einen solchen Menschen schicken und die Berliner, um sich Informationen über die Kohlenförderung zu verschaffen. Er blüht uns, 30.000 Tüffelhorner Metallarbeiter in die Gruben zu schicken. Ist eine größere Torheit denkbar? Ein anderer Kurier brachte uns Flugblätter, aber ausgerechnet Flugblätter für Landarbeiter nach Gien.

Ein Antrag verlangt nochmalige Abkündigung über die Zulassung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit beratender Stimme. Bei der Abkündigung wird der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Minderheit ergreift sich in lärmenden Angriffen auf die Mehrheit. Zwischen den Anhängern und Gegnern Liebknechts entwickelt sich in einer Ede eine hitzige Auseinandersetzung.

Rede (Rosenheim): Wir in Bayern bilden Besorgnis nach Berlin, weil wir fürchten, es wird so wie in Anhalt. Unsere Bayern wollen keine Lebensmittel mehr liefern, wenn nicht bald die Ordnung hergestellt wird. Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Verbrecher Eubendorff und Ertzsch vor ein Standgericht gestellt werden. Sie sollen nicht erkränzt, erschossen werden, sondern in einen Zinnenkerker gesperrt und vier Jahre lang mit Kohlrüben gefüttert werden, wie es unter Volk auch erdulden mußte.

Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Ein Zwischenfall.

Während der Rede von Richard Müller hatte sich vor dem Abgeordnetenhaus eine Menge unter Liebknechts Führung gesammelt. Ein Vertreter der vor dem Hause demonstrierenden Volksmenge trug dem Konarch die Vorwürfe der Menge vor. Mindestens 250.000 Arbeiter (Munich) fordern die einheitliche sozialistische Republik, die ganze Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, der Volksrat des Zentralrates soll das höchste Organ der Gesetzgebung und der Exekutive sein, das die Reichsbehörden ernennen und entlassen darf. Die Masse fordert Beilegung der Volksbeauftragten Ebert und Dazie (Großer Lärm, „Wohl! Auf, auf!“). Das nennen Sie Freiheit! (Hört, hört!) Energievolle Durchführung aller Einrichtungen zum Schutz der Revolution, Bildung einer roten Garde (Großer Lärm). Aufforderung an das Volk, sofort zur Schaffung einer sozialistischen Weltrepublik. (Lärm: Berlin ist nicht Deutschland! Große Unruhe. Auf: Die anwesenden Offiziere protestieren: „Raus mit den Offizieren!“)

Kein Zusammentritt des Reichstags.

Der Präsident des Reichstages Dr. Mehring hat den Reichstagsabgeordneten mitgeteilt, daß nach der Verlängerung des Waffensstillstandes und der Pünktlichkeit der Fortschrittsverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht besteht.

Madsen in Budapest interniert.

Wie das Budapest Blatt „A Hír“ meldet, ist Generalfeldmarschall Madsen von der ungarischen Regierung

interniert worden. Ein Vertreter der ungarischen Regierung teilte dem Feldmarschall mit, daß die Entensmächte auf seiner Internierung beharren.

Polnische Ansprüche auf deutsches Gebiet.

Berlin, 16. Dez. Das Warschauer Regierungsorgan „Monitor“ veröffentlicht ein Dekret der polnischen Regierung, durch das die Wahlen zur Konstituante auf den 26. Januar angelegt werden. Das polnische Teilgebiet soll an der Wahl teilnehmen, und zwar in folgenden Wahlbezirken: Kartaus mit 12 Mandaten, Allenstein mit 12, Thorn mit 12, Posen mit 13, Gohann mit 12, Oppeln mit 13, Neichen mit 9, Kattowitz mit 9, Danzig mit 5, Biatow mit 7 und Reiffe mit 3.

Ermordung des Präsidenten von Portugal.

Nach einer Neuermeldung aus Lissabon ist der Präsident der Republik Portugal ermordet worden. Ueber die Ermordung werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Präsident wurde am Eingang des Bahnhofs durch zwei Schüsse in Lunge und Leber getroffen, doch behielt er die volle Bewußtlosigkeit. Er wurde dann sofort in ein Spital gebracht, wo er um 4 Uhr verschied. Der schwer verwundete Mörder, sowie sein Mitgeschuldiger wurden verhaftet. In der Stadt herrschte große Aufregung. Der Bruder des Präsidenten, Antonio Vies, wurde durch einen Schußverwundet. Man glaubt, der Mörder gehöre der portugiesischen Vereinigung an. Der ihn begleitende Militärbefehlshaber wurde die Zeit des Volkes geschützt werden. Die beiden Kammern wurden sofort an zusammengerufen, und das Amtsblatt veröffentlichte eine Proklamation, daß das Kabinett unter dem Vorsteher von Castro die Regierung weiterführen werde.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 17. Dezember.

Zur Belegung der Stadt Wiesbaden.

Am Sonntag sind hier auf dem Schloßplatz eine große Truppenformation der in Wiesbaden untergebrachten französischen Besatzung, die mit einer Parade des 8. Infanterieregiments, der Artillerie und der Kavallerie vor dem das Armeeoberkommando kommandierenden General Lecointe abmarschierte. In dem seltenen militärischen Schaupiel hatte sich natürlich eine große Zuschauermenge eingefunden. Nach Schluß der Truppenformation empfing der kommandierende General Lecointe die hiesigen Vertreter der bürgerlichen und städtischen Behörden.

Regierungspräsident Dr. v. Meißner begrüßte den kommandierenden General in einer längeren Ansprache, worin er die Wünsche des Bezirks zum Ausdruck brachte. Darauf ergriff Oberbürgermeister Gläffing das Wort und hielt folgende Rede:

Herr General haben den Magistrat und den Oberbürgermeister der Stadt zum Empfang gewünscht. Wir haben diesem Wunsch Folge geleistet. Die gegebene Stunde verpflichtet mich, mich an die Versicherung zu bekräftigen, daß die Bürgerschaft der Stadt eine verständliche und ruhige ist, die das schwere Geschick, das sie betroffen hat, zu tragen weiß. Ich füge hinzu, daß die städtische Verwaltung im Interesse der Bevölkerung alles versucht wird, den Wünschen der Offiziere und Mannschaften der französischen Besatzungstruppen, soweit es in ihren Kräften steht, entgegenzukommen.

General Lecointe antwortete darauf mit folgender Ansprache:

Herr Regierungspräsident!

Herr Oberbürgermeister!

Im Namen des Regierenden Frankreichs übernehme ich von heute ab die Macht über den Brückenkopf von Mainz und die Oberleitung des damit verbundenen Verwaltungsgebietes.

Ich nehme Kenntnis der Gefühle achtungsvoller Ehrerbietung und Loyalität, die Sie eben geäußert haben. Diese werden die Grundlage unserer künftigen Beziehungen bilden.

Ich will von vornherein Ihnen meine Absichten betreffs der Aufstellung der neuen Regierungsform im Teile der Provinz Hessen-Rhein, der von unseren Truppen besetzt ist, und in der Stadt Wiesbaden klarlegen.

Der ungerichtete Krieg, den uns Deutschland aufgebürdet hat, die barbarische Art und Weise, in welcher derselbe seitens Deutschlands geführt wurde, würde uns das Recht erteilen, Weiches mit Gleichem zu vergelten und diese Vergeltung rechtfertigen. Und diese Vergeltung befürchten Sie.

Sie brauchen sich aber nicht vor einem solchen Benehmen unsererseits zu fürchten. Es würde unserer Geschlechtsart, unseres Stammes, unserer Vorfahren, unserer Vergangenheit unwürdig sein.

Wir sind hierher mit der festen Absicht gekommen, Eigentum und Menschen zu achten, aber nicht bedauerlicher entlassen, Ordnung, also auf das Entscheidende geordnete Zustände aufrecht zu erhalten. Es fehlt mir weder an Willen noch an Mitteln, um diese Ordnung zu verbürgen, aber um diese mir auferlegte Aufgabe zu erfüllen, rechne ich hauptsächlich auf Ihr Zusammenwirken.

Das Interesse der Provinz Hessen-Rhein und der Stadt Wiesbaden, falls jegliche andere Betrachtungen anfallen sollten, erhebt Ihre Beihilfe, um mein Streben loyal zu unterstützen.

Mit dem Vorbehalt, daß die Ordnung nicht gekürzt wird, daß die Sicherheit meiner Truppen nie und nirgendwo gefährdet wird, daß die Exekutive, die meinen Offizieren als den Nachhabenden der französischen Gewalt gebührt,

ermiesen wird, verhängt ich, daß unter dem Schutze unserer Waffen die Bevölkerung ihren gewöhnlichen Geschäften nachgehen können und daß das wirtschaftliche Leben der Stadt, welche durch den Krieg so stark gelitten hat und gehemmt wurde, baldigst seinen üblichen Gang wieder aufnehmen können.

Ich rechne vollkommen auf Sie, um dieses Ziel zu erreichen.

Nach dem Empfang defilierten die Truppen vor dem Höchtkommandierenden und seinem Stabe.

Zur Warnung. Wie uns die Polizeibehörde mitteilt, haben französische Offiziere Klage darüber geführt, daß sie sowohl wie auch einzelne Mannschaften auf der Straße von halberwachsenen Personen — nicht nur von Knaben, sondern ganz besonders von Mädchen — auf die Weise belästigt werden, daß dieselben in längerer Reihe untergefaßt ihnen der Weg verstopfen. Das Benehmen geschieht vielleicht weniger aus Boswilligkeit, als vielmehr in der Absicht, mit den Franzosen in ein Gespräch zu kommen. Die Eltern werden dringend gebeten, ihre Kinder von solchen Unbedachtsamkeiten abzuhalten, da sie unter Umständen schwerwiegende Folgen haben könnten.

Das Recht der Polizei. Im Publikum scheint die Meinung vorhanden zu sein, als ob die hiesige Polizeibehörde aufgehört habe, als amtliches Aufsichtsorgan zu walten. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß gerade zur Durchführung der von dem französischen kommandierenden

General erlassenen Polizeiverordnung die Polizeibehörde die Befugnis und Pflicht haben. Dies trifft besonders auf die Innehaltung der abendlichen Polizeistunde zu. Die Polizei-Boromen haben das Recht, jeden, der nach 8 Uhr abends noch auf der Straße betroffen wird, zur Anzeige zu bringen.

Der Verkehr mit den Vororten. Um Arbeit und Verkehr nicht zu behindern, haben die französischen Besatzungsbehörden gestattet, daß bis zum Erlaß einer diebstahlgehehlichen Verordnung der Verkehr mit den Vororten ungehindert stattfinden kann.

Völlige Einstellung des Personenverkehrs. Nach einem Berliner Telegramm der „Reff. Ztg.“ muß infolge der Ablieferung unserer rollenden Material gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages eine weitgehende Einschränkung des Verkehrs eintreten. U. a. m. wie zu Kriegsbeginn mit der völligen Einstellung des Personenverkehrs zu rechnen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Um unzutreffenden Gerüchten entgegenzutreten, machen wir die Mitteilung, daß die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie unverändert als staatliche Einrichtung bestehen bleibt. Die Ziehung der ersten Klasse der neuen Lotterie beginnt am 7. Januar.

Frecher Diebstahl. Am Sonntag nachmittags 1/2 Uhr wurde im Gedränge vor dem Rathause einer Dame die Handtasche gestohlen und daraus eine schwarze Lederne Geldschmucktasche mit 100 Mark in Papiergeld entwendet. Der Täter konnte nicht festgestellt werden. Möge der Fall unseren Damen zur Warnung dienen.

Berliner Börse.

Berlin, 16. Dezember 1918.

	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
Hamburg-Amerika	83.75	83.75	Harpener	172.75	172.75
Nordd. Lloyd	84.00	84.00	Hochster Farbwerke	2.80	257.00
Reichsbank	150.62	151.00	Kali Ascherleben	138.00	—
Deutsche Bank	208.00	208.00	Lohmeyer	109.00	110.00
Disconto Commandit	165.50	167.00	Laurahütte	185.80	187.87
Adlerwerke	235.00	230.00	Oberklausen Eisen	132.00	129.00
Allgem. Elektr.	189.50	190.25	Phönix	203.00	200.75
Badische Anilin	280.00	276.00	Rheinische Metall	168.00	174.00
Pöchlmann Guss	197.50	197.75	Union Stahlwerke	147.00	145.50
Chem. Albert	18.00	18.00	Schneider	137.00	134.00
Daimler Motoren	18.00	180.00	Siemens & Halske	174.25	179.75
Gelsenkirchen	154.50	153.50	Stahlwerke	98.75	97.50

	14. Dez. 1918	15. Dez. 1918	16. Dez. 1918
Poland	351.00	363.50	361.00
Dänemark	223.50	226.00	224.50
Schweden	49.75	49.75	48.75
Norwegen	238.75	239.25	237.75
Schweiz	178.75	179.00	178.25
Oesterreich-Ungarn	53.95	54.05	53.95
Bulgarien	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—
Madrid	136.00	137.00	136.00
Helsingfors	81.25	81.75	81.75

Schreibleitung: Bernhard Gröschel.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Gröschel;
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil:
B. Gröschel; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und
Sport: L. S. Hans Dänke; für die Anzeigen: Joh. Bahler;
 sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitung-Anstalt G. m. b. H.

PELZE

sehr preiswert!

Blusen

von 65 Mk. bis 150 Mk.

Unterröcke

von 75 Mk. an

Elegante Nachmittagskleider

aus Crêpe de Chine, Radium, Faille, Taffet, Wolle mit Seide 250 Mk. u. 350 Mk.

Wintermäntel erstklassiger Verarbeitung

aus warmen, reinwollenen Stoffen 175 Mk. u. 350 Mk.

F. Bacharach
Thebergasse 4

Die Ausgabe der Stücke zur

8. Kriegsanleihe

erfolgt von heute ab gegen Vorlage der Rechnung an unserem Schalter No. 17.

Erster Zinsschein ist bereits fällig, daher

sofortige Abholung

erwünscht.

Mitglieder, die bereits Papiere bei uns in Verwahr haben, können ihre Hinterlegungsscheine Ende Januar an unserem Schalter No. 15 zwecks Eintragung der 8. Kriegsanleihe vorlegen.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1918.

Vorschuss-Verein zu Wiesbaden
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

[1158]

Frauerhütte
Wiesbaden
in allen
Preislagern
stets vorrätig
Heinrich
Fried
Wiesbaden
Kirchgasse 52
Fernspr. 6599

Junger
Kaufmann

sucht auf möbliertes Zimmer
mit Heizung u. Licht. Offerten
u. S. 230 an die Geschäftsstelle
des „W.“, Altes Rathaus 11. (1170)

Kanarienvogel
hähne (Kamp-
stamm)
Zucht 1918. Hervorrag.
in Gefangenschaft zu
verkaufen (8018)
H. Ehlig,
Wiesbaden, 26. 2.

Bekanntmachung.

In Abänderung des Artikels 16 der Polizeiverordnung vom
13. Dezember hat die französische Besatzungsbehörde folgendes
angeordnet:

Alle Briefe sind bei der Post, nicht beim Magistrat abzugeben.
Privattelegramme sind bis auf weiteres untersagt.
Offizielle Diensttelegramme sind bei der Post mit der Auf-
schrift „Für Herrn Oberst Vincow“ abzugeben.

Wiesbaden, den 16. Dezember 1918.

Der Magistrat, (9008)

Zahnärzte

C. Bieroth u. Dr. J. Ost

haben ihre Sprechstunde von Grosse Burg-
strasse 10 nach gegenüber

Grosse Burgstrasse 9,
verlegt. (1175)

Deutsche Volkspartei.

Für Frauen und Mädchen

findet jeden Nachmittag von 4—5 Uhr eine
Sprechstunde

zur Aufklärung über politische Fragen in unserer
Geschäftsstelle, Neugasse 9 II. st. (1460)

Bobbeldänke
Tel. 447 Röderstraße 39. Tel. 447

Kulmbacher Reichelbräu

Total von 2 Uhr an geöffnet

Siphons und Flaschenbier

wird wieder abgegeben.

[1429]

Lieferung ins Haus.

Lieferung ins Haus.

Einquartierung.

Infolge Befehls der Stadt Wiesbaden durch französische
Truppen hat sich das Bedürfnis an Einquartieren für Offi-
ziere ergeben. Diejenigen Einwohner, welche Offiziere gegen
Vergütung in Quartier nehmen wollen, werden hiermit auf-
gefordert, sich auf Zimmer 47 des Rathauses — Einquartierungs-
amt — zu melden.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1918.

Der Magistrat, (1461)